

2. Dezember 2007, 04:00 Uhr

VON JOACHIM PETEI

SPD-Anhänger und Linke votieren stark für Gymnasien

62 Prozent der SPD-Wähler und 55 Prozent der Linken-Wähler lehnen die Einführung eines Einheitsschulsystems ab, obwohl dieses in den jeweiligen Parteien präferiert wird. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Forsa-Umfrage im Auftrag des Deutschen Lehrerverbandes (DL) und des Deutschen Philologenverbandes (DPhV). In beiden Lagern tritt man auch entschieden für den Erhalt der Gymnasien ein (SPD: 88 Prozent; Linke: 85 Prozent). Gegen eine generelle Verlängerung der Grundschulzeit votieren 58 Prozent der SPD-Anhänger und 48 Prozent der Grünen-Anhänger (Gesamtbevölkerung: 63 Prozent). Mehr als 60 Prozent aller Befragten glauben, dass Schüler in einer Einheitsschule unter- und überfordert werden.

Die Bildungsstudien haben nachgewiesen, dass im deutschen Schulsystem Schüler aus sozialschwachen Familien und Ausländerkinder benachteiligt werden. Um diese Probleme zu lösen, fordern die Bürger eine Beseitigung des Lehrermangels (85 Prozent), eine Verbesserung der Unterrichtsqualität (82 Prozent), eine Verkleinerung der Klassen (82 Prozent) und eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen (73 Prozent). Eine deutliche Mehrheit (71 Prozent) verlangt überdies, die Hauptschulen müssten von der Politik stärker unterstützt werden. "Die Bevölkerung weiß ganz offenbar gut Bescheid, wo den Schulen der Schuh wirklich drückt", bewertete DL-Präsident Josef Kraus die Umfrageergebnisse. Der Vorsitzende des Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, forderte ein Ende der Schulstrukturdebatte, weil sie von den tatsächlichen Problemen ablenke. "Sogar bei den Anhängern der Grünen und der SPD findet die Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen keine Mehrheit", sagte Meidinger.